Mohssen Massarrat

Die Viertagewoche

Ein wichtiger Beitrag für den Übergang zur Postwachstumsgesellschaft

Einführung

Die Wachstumsressourcen der hochentwickelten kapitalistischen Länder sind längst an ihre Grenzen gestoßen. Dies ist auch der Grund für die Funktions- und Legitimationskrise des klassisch keynesianischen Akkumulationsmodells. Denn dieses Modell kann dann Wachstum generieren und Massenkaufkraft durch flächendeckende Umverteilung herbeiführen, wenn Ressourcen (Arbeitskräfte und Rohstoffe) in erforderlichem Umfang verfügbar sind. Wenn aber die Wirtschaft nicht wachsen kann, die Produktivität jedoch steigt, entsteht unweigerlich Arbeitslosigkeit. Damit gerät ein Kapitalismusmodell, das Vollbeschäftigung zu seinem sozialpolitischen Credo erhebt, in die Krise.

Linke Parteien und Gewerkschaften haben dieses Problem, das sich in den meisten kapitalistischen Staaten beinahe zeitgleich in den 1970er Jahren in Erscheinung trat, nicht erkannt. Statt einer Modifikation und paradigmatischen Anpassung des Keynesianismus an die neuen Rahmenbedingungen von einer *Wirtschaft mit schrumpfenden Wachstumskapazitäten* und statt einer Politik der Vollbeschäftigung durch sukzessive Arbeitszeitverkürzung glaubte man weiterhin, durch Wachstum die steigende Arbeitslosigkeit überwinden zu können. Diese Politik produzierte jedoch Massenarbeitslosigkeit und Inflation, sie hinterließ ein wirtschafts- und machtpolitisches Vakuum, das der Neoliberalismus flächendeckend und global auszufüllen wusste. Dieser, seit den 1930er Jahren von transnational organisierten Neoliberalen vorbereitet, bot sich als Alternative zum klassischen Keynesianismus an und erfuhr zunächst im Norden und dann auch global einen beispiellosen Siegeszug. Auch er setzte sich über die realen Grenzen des Wachstums hinweg und versprach, durch Wachstum Massenarbeitslosigkeit im Norden und Armut im Süden zu überwinden. Doch produzierte der Neoliberalismus weltweit noch mehr Arbeitslosigkeit und noch mehr Armut.

Die neoliberale Strategie der einseitigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Profitsteigerung und der vollen Entfaltung des Ka-

pitals zielte ohnehin auf ein Wachstum, dass nicht durch Wertschöpfung, sondern durch eine gigantische Umverteilung erreicht werden sollte. Die Globalisierung wurde zu einem Prozess der Verbilligung der Arbeit und der natürlichen Ressourcen. Die Umverteilung von unten nach oben, von Süden nach Norden, zulasten heutiger und künftiger Generationen, rief schließlich die zweite Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise hervor.

Das faktische Scheitern des neoliberalen Projekts eröffnet nach vier Dekaden andauernder Umverteilung die historische Chance, über den aktuellen Kapitalismus hinaus zu einer Perspektive *jenseits des Wachstums, wie wir es kennen,* vorzustoßen.

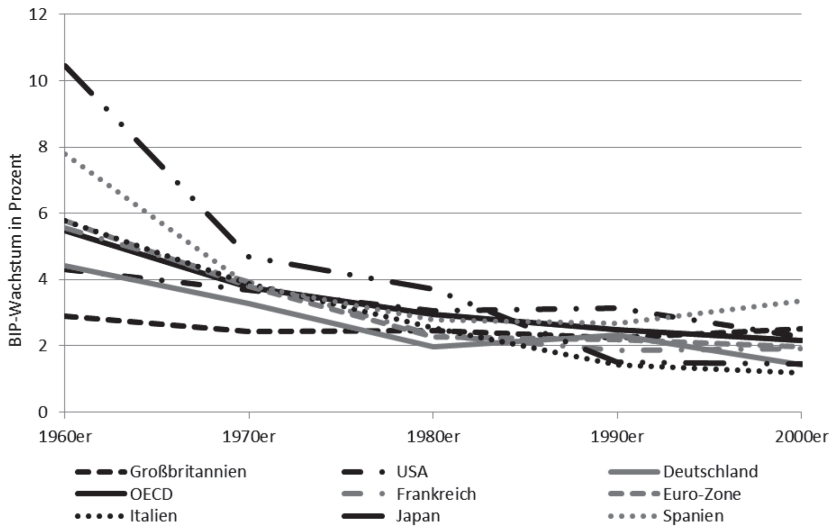
Die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, beispielsweise durch die Einführung der *Viertagewoche*, in Verbindung mit einer Politik der Umschichtung des Wachstums weg von naturverbrauchenden und hin zu Lebensqualität steigernden Produktions- und Dienstleistungen, ist der wirkungsvollste Hebel zur unausweichlichen Neugestaltung in dieser Perspektive. Das bewegt sich zwar im historischen Trend kapitalistischer Entwicklung nach der erstmaligen Einführung des Achtstundentages 1856 in Australien und der Fünftagewoche in den 1960er Jahren, ist jedoch nach vier Dekaden neoliberalen Stillstands ungemein schwieriger geworden. Dennoch gibt es dazu keine Alternative. Dabei ist die *Viertagewoche* eine Metapher für ein differenziertes Modell der Arbeitszeitverkürzung, das den individuellen und betrieblichen Bedürfnissen genauso angepasst ist wie den epochalen gesellschaftlichen Veränderungen.

Die goldenen Wachstumsjahre und ihre Grenzen

Die drei Jahrzehnte zwischen 1950 und 1980 waren unbestritten in nahezu allen kapitalistischen Staaten des Nordens die »Goldenen Wachstumsjahre«. Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes von jährlich über fünf Prozent, in Japan sogar über zehn, waren so gut wie selbstverständlich (Grafik 1).

Für diese Entwicklung waren mehrere Faktoren verantwortlich: Erstens beträchtliche Wachstumsressourcen, zweitens die keynesianische Wirtschaftspolitik, die sich zur Mobilisierung der Wachstumspotenziale als sehr wirkungsvoll erwies, drittens eine beträchtliche Nachfrage zur Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Jahrzehnten der Entbehrungen als Folge der beiden Weltkriege, viertens die Entwicklung der Demokratie und vor allem die Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht und schließlich fünftens eine moderne Sozial- und Wohlfahrtspolitik, die die Massenkaufkraft sukzessive anhob.

Grafik 1: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Zehnjahresdurchschnitt (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von World dataBank und für Deutschland bis 1990: Statistisches Bundesamt.

Der Dreh- und Angelpunkt der klassisch keynesianischen Wirtschaftspolitik ist eine auf Verschuldung beruhende staatliche Ausgabenpolitik, die solange funktioniert, wie die Refinanzierung der Schulden durch Wachstum gewährleistet ist. Weil aber ab Ende der 1970er Jahre im hochentwickelten Kapitalismus sowohl die Wachstumsreserven zur Neige gingen als auch eine relative Konsumsättigung erreicht wurde (Reuter 2009), geriet das Modell ins Stocken. Versuche, durch weitere Staatsausgaben Arbeitsplätze zu schaffen, führten eher zur Inflation. Tatsächlich hatten die goldenen Wachstumsjahre ihren Zenit längst hinter sich.

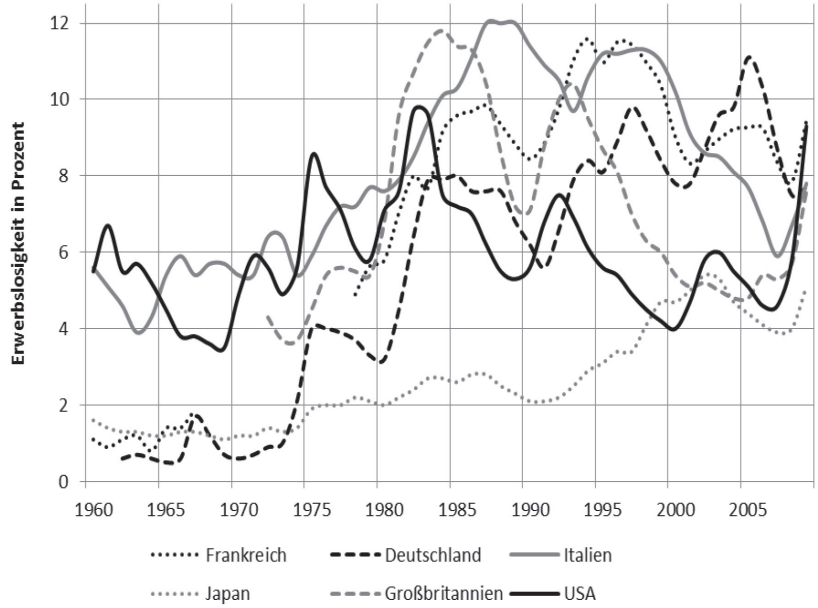
Der Siegeszug des Neoliberalismus und die Stunde der falschen Propheten

Bereits Mitte der 1970er Jahre ist die Phase der Vollbeschäftigung (in Deutschland, Frankreich und Japan) bzw. der niedrigen Raten der Arbeitslosenquote (in Italien, Großbritannien sowie den USA) vorbei. Mit der einzigen Ausnahme USA schnellt überall die Arbeitslosigkeit sprunghaft in die Höhe und bewegt sich über mehrere Dekaden auf hohem Niveau zwischen sechs und zwölf Prozent (Grafik 2). Für diese Entwicklung waren außer der historischen Tatsache von schrumpfenden Wachstumsreserven und zunehmender Sättigung des Konsums zwei weitere Faktoren maßgebend: (a) anhaltend steigende Produktivität als Folge der dritten technologischen Revolution und (b) steigende Beschäftigungsnachfrage seit Ende der 1960er Jahre vor allem bei den Frauen (Bontrup et al. 2007: 45). In Deutschland wurden bereits Anfang der 1980er Jahre ca. eine Million Arbeitslose gezählt – ein erster Höhepunkt nach Jahrzehnten der Vollbeschäftigung.

Helmut Schmidt, der letzte keynesianische Bundeskanzler, um ein Beispiel hervorzuheben, glaubte dennoch allen Ernstes, die Massenarbeitslosigkeit durch einen Einwanderungsstopp (die populistische Parole lautete damals: »Das Boot ist voll«), vor allem aber durch Wachstum überwinden zu können. Unbeirrt setzte er mit einer klassisch keynesianischen Ausgaben- und Schuldenpolitik auf Wachstum und konterte den Vorwurf seiner neoliberalen Widersacher, er sei der erste Kanzler Nachkriegsdeutschlands, dem steigende Inflation keine Sorgen bereite, mit dem Argument, ihm seien »5 Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit«. Diese Alternative zwischen Pest und Cholera war nicht nur ein Offenbarungseid des Kanzlers, sie öffnete dem Neoliberalismus den Weg, das wirtschaftspolitische Vakuum auch in Deutschland zu füllen, das der klassische Keynesianismus im Begriff war zu hinterlassen. In Margaret Thatchers Großbritannien und Ronald Reagans USA wütete jener schon längst. Die zur Speerspitze des deutschen Neoliberalismus gewendete FDP beendete im Oktober 1982 die sozialliberale Bundesregierung Schmidt-Genscher und hob mit der konservativ-liberalen Regierung Kohl-Genscher das neoliberale Zeitalter in der drittwichtigsten kapitalistischen Ökonomie der Welt aus der Taufe.

Hatten die Sozialdemokraten den Umstand der zur Neige gehenden Wachstumsreserven missachtet und übersehen, dass unter diesen Bedingungen klassisch keynesianische Instrumente, wie eine expansive Ausgabenpolitik, zu mehr Inflation, aber nicht zu mehr Arbeitsplätzen führen, so machten die Neoliberalen nicht die sinkenden Wachstumsreserven, sondern ganz und gar ideologisch den Keynesianismus und die Staatsintervention für das Scheitern der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik verantwortlich. Auch sie versprachen die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch Wachstum; allerdings wollten sie das ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie durch weniger Staat und mehr Markt erzielen. Der Neoliberalismus konnte sich wohl auch deshalb als Alternative zur Sozialdemokratie und zum Keynesianismus anbieten und mit geringem Aufwand beide ablösen, weil er nahtlos an den allgemeinen Konsens des Fetischs Wachstum als Allheilmittel aller gesellschaftlichen Probleme anknüpfen konnte. Das so genannte Lambsdorff-Papier vom 9. September 1982 – so etwas wie das erste neoliberale Manifest in deutscher Sprache – wurde nicht zufällig unter der Überschrift »Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« in Umlauf gebracht. Bereits in diesem Papier werden die bekannten Maßnahmen wie Sozialabbau, Lohnsenkung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Verlän-

Grafik 2: Erwerbslosenquote in % ab 1960



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis der Daten von OECD.Stat-Extracts und für Deutschland bis 1990: Statistisches Bundesamt.

gerung der Arbeitszeit, Entlastung der Unternehmer etc. aufgelistet – freilich verklausuliert unter verharmlosenden bis positiven Begriffen wie Anpassung, Konsolidierung, Bürokratieabbau, Anreize. Diese Maßnahmen wurden bekanntlich allesamt auch umgesetzt, kurioserweise am konsequentesten unter der rot-grünen Bundesregierung Schröder-Fischer mit ihrer Agenda 2010.

Wachstum durch Umverteilung

Das keynesianische Wachstumsmodell beruhte immerhin auf Wertschöpfung und substanzieller Wertsteigerung. Wie wollten aber die Neoliberalen Wachstum generieren und ihr Versprechen von neuen Arbeitsplätzen einlösen?

Rückblickend lautet die Antwort: erstens durch Verbilligung der Arbeit und zweitens durch Verbilligung der Natur. Auf diese Wachstumsstrategie zielten Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Liberalisierung des Handels und Privatisierung der öffentlichen Güter, allesamt Instrumente aus dem neoliberalen Gedankengut mit erheblichen verteilungsrelevanten Folgen für die Struktur und Richtung der Globalisierung. Indem Neoliberale nicht müde wurden, mehr Wachstum und Arbeitsplätze, mehr Wohlstand, mehr Freiheit, mehr Glück und was nicht noch alles von diesen Wunderinstrumenten abhängig zu machen, ist es ihnen tatsächlich gelungen, in Parteien und Regierungen weltweit und weit über ihr eigenes traditionelles politisches Lager hinaus den neoliberalen Geist zu etablieren und die gesamte Elite und die Massenmedien ihrer kulturellen Hegemonie unterzuordnen.

Die Verbilligung der Arbeit war die Reaktion hochproduktiver Ökonomien wie der deutschen auf sinkende Wachstumsreserven innerhalb der eigenen Volkswirtschaft einerseits und auf die wachsende Konkurrenz von weniger produktiven Niedriglohnökonomien andererseits. Diese Strategie wurde in Abhängigkeit von der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht mit unterschiedlichem Erfolg durchgesetzt. So stiegen die Löhne im Zeitraum 2000-2009 in Deutschland durchschnittlich um 21%, in Frankreich um 32%, im EU-Durchschnitt um 35%, in Süd- und Osteuropa und China – hier allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau – um deutlich mehr. Durch stagnierende, teilweise sogar sinkende Löhne gelang es den hoch produktiven Ländern wie Deutschland, ihre Marktanteile in Konkurrenz zu China – weiterhin ein Niedriglohnland – auf den internationalen Märkten, vor allem in den USA, zu halten oder sogar auszubauen.

Doch beruht diese Strategie nicht auf einem Wachstum durch Wertschöpfung, sondern auf Umverteilung, und zwar im doppelten Sinne, zum einen von unten nach oben innerhalb der eigenen Volkswirtschaft mit der Folge sinkender Massenkaufkraft und zum anderen durch Verdrängungswettbewerb und Wachstumsverschiebung – im Ergebnis also einem Nullsummenspiel – zulasten anderer Staaten. Einige Länder, wie die Niederlande, Österreich, vor allem aber Deutschland, erzielten in diesem Prozess Export- und Devisenüberschüsse, Verliererstaaten wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland mussten dagegen Importüberschüsse, Leistungsbilanzdefizite und steigende Verschuldung verbuchen. Besonders drastisch wirkte sich diese Politik für Griechenland aus, sie war der entscheidende Grund für den drohenden Bankrott dieses Landes mit Folgen auch für andere südeuropäische Staaten. Um weitere Pleiten südeuropäischer Staaten zu vermeiden, war die EU gezwungen, mit einem gigantischen Rettungspaket im Umfang von über 700 Milliarden Euro zu intervenieren. Doch dieses enthält nichts anderes als neue Schulden zulasten der Steuerzahler, vor allem der Lohnabhängigen, die zur Finanzierung der absurden Politik des Wachstums durch Umverteilung und des Verdrängungswettbewerbs bluten mussten. Genau genommen sind Gewinner und Verlierer am Ende dieser Kette von Umverteilungen nicht die Volkswirtschaften, sondern die reichen Eliten dieser Volkswirtschaften einerseits und die Lohn- und Gehaltsabhängigen andererseits.

Tatsächlich sind auch seit der neoliberalen Wende die Reichen aller Länder reicher und die Armen ärmer geworden (Massarrat 2009a). In Deutschland ist die bereinigte Lohnquote in den alten Bundesländern von 71 (1980) auf 65,2% (1991) gefallen. Auch im vereinigten Deutschland setzte sich dieser Trend fort, die bereinigte Lohnquote sank von 71 (1991) auf 69,8% (2009) (Schäfer 2009). Nach Berechnungen der Wirtschaftsabteilung von ver.di betrug die Umverteilung von unten nach oben in den letzten zehn Jahren jeweils 500 Milliarden Euro.

Die neoliberale Politik zielte außerdem auch auf Wachstum durch Verbilligung der Natur. Dazu diente nicht nur die Liberalisierung der Rohstoffmärkte, sondern auch die verschärfte Ausbeutung der Energie- und Rohstoffreserven ungeachtet aller ökologischen Folgen und der Forcierung von Geopolitik, die Kriege in den letzten 30 Jahren, vor allem im Mittleren Osten, eingeschlossen (Massarrat 2006: insbes. Kapitel 3).

Das strategische Projekt des Neoliberalismus: Entmachtung von Gewerkschaften und Zementierung der Massenarbeitslosigkeit

Ausgehend vom Ergebnis kann festgestellt werden, dass die neoliberale Wachstumsstrategie der Verbilligung der Arbeit zu einem Systemwechsel vom *keynesianischen* zum *neoliberalen Kapitalismus* führte, und dass umgekehrt diese Strategie ohne diesen Systemwechsel unmöglich hätte durchgesetzt werden können. Dieser Wechsel setzte allerdings die Unterminierung der *tarifpolitischen Machtbalance* und damit die Zerschlagung des sozialen Fundaments zwischen Gewerkschaften und Unternehmern voraus. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften im keynesianischen Kapitalismus mit einer nie da gewesenen Stärke sollte ein für allemal beendet werden. Statt der Machtbalance und einer ausgeglichenen Verteilung der Wertschöpfung sollte ein Machtgefälle zugunsten der Unternehmerseite und einer kapitalverträglichen Verteilung als Dauerzustand etabliert werden. Statt Tarifverhandlungen auf Augenhöhe zu führen, sollte die Kapitalseite in die Lage versetzt werden, die Gewerkschaften vor sich herzutreiben, ihnen ihre Handlungslogik – das wichtigste Gut, das sie im Kapitalismus besitzen – schleichend zu nehmen, ihnen bei Tarifverhandlungen die Ziele zu diktieren und sie zu Gefangenen ihrer Taktik zu machen. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass den Gewerkschaften keine andere Möglichkeit verbleibt, als in der strukturellen Defensive zu verharren und zuzusehen, wie die sozialen Errungenschaften eine nach der anderen abgebaut werden.

Hatten die Gewerkschaften ihre Stärke und ihre Kampfkraft im keynesianischen Kapitalismus durch Vollbeschäftigung erreicht, so wurde Massenarbeitslosigkeit zur Achillesferse im Prozess ihrer Entmachtung im Rahmen des neoliberalen Wachstumsmodells. Denn sie, die Massenarbeitslosigkeit, ist es, die den fruchtbarsten Boden für die Schwächung der Gewerkschaften liefert. Sie ist es auch, welche die noch Beschäftigten dauerhaft in Angst und Schrecken versetzt, den eigenen Job zu verlieren, die bei ihnen die Bereitschaft entstehen lässt, alle möglichen Zugeständnisse auf der Lohnseite, bei den Sozialleistungen, bei der Arbeitszeit hinzunehmen, um ja nicht in die Arbeitslosigkeit und in Hartz IV abzustürzen. Unter eben diesen Bedingungen konnte auch eine rigorose Machtverschiebung durchgesetzt werden, die den betroffenen Lohn- und Gehaltsabhängigen als ein quasi naturnotwendiger, unvermeidlicher und alternativloser Vorgang erschien und leider immer noch erscheint, der angeblich von »den Märkten« herbeigeführt worden sei, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Tatsächlich rechtfertigten die Neoliberalen alle ihre »Reformen« auf dem Arbeitsmarkt mit dem Vorwand, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Gewollt war und erreicht wurde aber das Gegenteil. Die Politik der Neoliberalen zielte bewusst auf die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in Arbeitslose und noch Beschäftigte, in brave, weil zu allen möglichen Zugeständnissen bereite, Lohn- und Gehaltsabhängige und in »faule, arbeitsunwillige« Menschen, die selbst an ihrem Schicksal der Arbeitslosigkeit Schuld seien.

Tatsächlich stieg auch die Arbeitslosigkeit in fast allen Industriestaaten nach der neoliberalen Wende Ende der 1970er Jahre drastisch an (Grafik 2). In Deutschland erreichte die Arbeitslosigkeit 2004 mit fast fünf Millionen den Höchststand seit der neoliberalen Wende. Sie ist nach offiziellen Statistiken bis 2010 auf 3,24 Millionen gesunken, allerdings nicht, weil neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, sondern weil ca. 1,4 Millionen Arbeitslose durch definitorische Umgruppierungen aus der offiziellen Statistik herausgenommen wurden. Ohne Berücksichtigung dieser Manipulation bleibt die Arbeitslosenzahl weiterhin auf dem Höchststand von 4,8 Millionen (Lunapark Sommer 2010: 2f.). Dabei ist in dieser Zahl die millionenfache Umwandlung von Vollzeitjobs in Teilzeit-, Midi- und Minijobs – davon sind vor allem Frauen betroffen – nicht eingerechnet. Dies gilt auch für 4,9 Millionen geringfügig Beschäftigte und für zahlreiche Aufstocker, die ohne Hartz IV nicht auskommen. Die über drei Millionen Hartz IV-Empfänger werden im neoliberalen Kapitalismus aus der Gesellschaft ausgegliedert, sich selbst überlassen und gehören insofern zum System, als ihre menschenunwürdige Lage als Schreckgespenst die Jobbesitzer sehr wirkungsvoll zu allen Zugeständnissen nötigt.

In diesem System des neoliberalen Kapitalismus wurden die Gewerkschaften tatsächlich geschwächt, in die Defensive gedrängt, zur Geisel des Neoliberalismus degradiert und ihnen letztlich auch die Möglichkeit einer offensiven Gewerkschafts- und aktiven Gesellschaftspolitik genommen.

Viertagewoche: Entscheidender Schritt zur Postwachstumsgesellschaft

Die Bilanz des neoliberalen Akkumulationsmodells ist verheerend. Statt Wachstum und mehr Wohlstand bescherte die neoliberale Politik der Menschheit eine wachsende Schere zwischen Armen und Reichen, ein Verschuldungs- und CO_2-Wachstum, ein Atommüllwachstum und ein

Wachstum von globalen Konflikten um Marktanteile und Ressourcen. Der Neoliberalismus konnte sich als Scheinalternative zum klassischen Keynesianismus anbieten und durch Verknüpfung von ökonomischen Zielen, wie Wachstum und Arbeitsplätze, mit soziokulturellen Werten, wie mehr individuelle Freiheit, weniger Staat, Abbau der Bürokratie etc., gesellschaftliche Kräfte für das eigene hegemoniale Projekt bündeln. *Massenarbeitslosigkeit* ist die fundamentale Voraussetzung der Fortexistenz des neoliberalen Projekts. Ihre Überwindung bedeutet daher auch die Zerschlagung der gesellschaftlichen Grundlage des Neoliberalismus. Mehr noch: Sie eröffnet den Weg zu Reformen und stellt auch eine entscheidende Brücke zur Postwachstumsgesellschaft dar.

Vollbeschäftigung neuen Typs

Eine Vollbeschäftigung durch Wachstum nach klassischem keynesianischem Muster ist unter den Bedingungen schrumpfender Wachstumsreserven, relativer Konsumsättigung und weiterhin steigender Produktivität unrealistisch. Auch Wachstumsraten von jährlich ein bis zwei Prozent, die in den letzten zwei Dekaden erzielt wurden, kamen nicht durch Wertschöpfung, sondern durch Umverteilung zulasten anderer Volkswirtschaften zustande.

Die einzig verbleibende Möglichkeit zur Überwindung von Massenarbeitslosigkeit ist eine Vollbeschäftigung neuen Typs, nämlich durch Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitigem Ausbau des öffentlichen Sektors. Dazu müsste die flächendeckende Arbeitszeitverkürzung zum Herzstück eines strategischen Gegenprojekts zum Neoliberalismus erklärt und zum Ausgang eines weit über Tarifverhandlungen hinausgehenden gesamtgesellschaftlichen Projektes gemacht werden. Um in dieser Perspektive die politische und kulturelle Hegemonie zu gewinnen, bedarf es der Bündelung aller zivilgesellschaftlichen Kräfte, die letztlich davon profitieren könnten. Und das sind mit Ausnahme von neoliberalen Ideologen, den Finanzspekulanten und einer dünnen Schicht der Vermögensbesitzer fast alle sozialen Schichten, selbst diejenigen, die aus der Erwerbsarbeit aussteigen wollen. Denn auch ein Ausstieg aus der Erwerbsarbeit und die Option für selbstbestimmte Tätigkeiten – sicherlich ein berechtigtes Anliegen vieler Menschen – hätten erst dann eine realistische Chance, auf breite Zustimmung zu stoßen, wenn Gewerkschaften und alle Reformkräfte ihre volle und im Neoliberalismus abhandengekommene Gestaltungskraft wieder zurückgewonnen haben würden.

Weniger Erwerbsarbeit, weniger Wachstum, mehr Zeitwohlstand

Die Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit und Einkommen ist gleichzeitig auch die historisch angemessene Antwort auf die Grenzen des Wachstums, weil dadurch die Gesellschaft im Zustand einer neuen postneoliberalen Stabilität erstmals wieder in der Lage sein dürfte, die einmal nach der Krise des Keynesianismus verpassten Chancen nachzuholen und durch eine solide *Wachstumsumschichtung* sozialökologische Reformen durchzuführen (Massarrat 2009b): weg von Exportexpansion und hin zur Stärkung der Binnenpotenziale; weg vom atomar-fossilen Energiepfad und hin zum massiven Ausbau regenerativer Energien; weg vom Individualverkehr, hin zum Ausbau des öffentlichen Verkehrssektors und moderner Mobilitätssysteme sowie ferner Ausbau des öffentlichen Sektors in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur, Altenpflege und allgemein der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.

Die Arbeitszeitverkürzung und Vollbeschäftigung neuen Typs ist nach obigen Überlegungen ein *hegemonial strategisches Projekt* für einen umfassenden sozialökologischen Umbau der Gesellschaft. Es bedeutet eine Schrumpfung des Erwerbsarbeitsvolumens und damit eine Schrumpfung der kapitalistisch produzierten Waren und Dienstleistungen bei gleichzeitigem Wachstum von qualitativen, monetär aber nicht messbaren Gebrauchswerten in den sozialen und kulturellen Bereichen der Gesellschaft. Sinkender Umfang der Erwerbsarbeitszeit bedeutet Erhöhung des Zeitanteils für Tätigkeiten ohne Arbeitszwang, er bedeutet Steigerung der kreativen Potenziale einer Gesellschaft weit über gleichberechtigte Erziehung und Hausarbeit hinaus. Fortan wird es auch möglich, nicht nur das eigene Bildungsniveau zu erhöhen und durch eigene künstlerisch-kulturelle Tätigkeiten neue Reichtumsquellen zu erschließen, sondern einen immer größer werdenden Anteil der über den Markt erworbenen Waren und Dienstleistungen selbst herzustellen bzw. zu erbringen. Das schließt mannigfaltige Tätigkeiten ein, z.B. im Bereich häuslicher Reparatur, Eigenproduktion eines Teils des pflanzlichen Nahrungsmittelbedarfs etwa in Schrebergärten, Pflege eigener Angehöriger etc. Hinzu kommt die steigende Bereitschaft zur Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten in vielen Bereichen mit Wirkung von weiterer Substitution der Erwerbsarbeit. Sinkende Erwerbsarbeitszeit setzt somit einen sich sukzessive erweiternden nicht monetären Sektor in Gang, der regional eingebunden ist und entsprechend auch den verschwenderischen Transport vermeidet. Nicht zuletzt steigert sie auch die Möglichkeit der Mitwirkung der Menschen am poli-

tischen Leben. Steigender Zeitwohlstand ist zweifelsohne die Voraussetzung für den Übergang zur Postwachstumsgesellschaft.

Er ist die Quelle eines neuartigen gesellschaftlichen Reichtums und neuer Formen der Demokratie, die auch unabhängig von der Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse, und zwar schon jetzt, erschlossen werden können. Und es gibt keinerlei politische und moralische Rechtfertigung, den Kampf für weniger Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung zu vertagen.

Literatur

Bontrup, Heinz J./Niggemeyer, Lars/Melz, Jörg (2007): Arbeit fair teilen, Hamburg.

Massarrat, Mohssen (2006): Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit, Hamburg.

Massarrat, Mohssen (2009a): Reiche aller Länder, bereichert Euch, in: Krull, Stephan/Massarrat, Mohssen/Steinrücke, Margareta (Hrsg.): Schritte aus der Krise, Hamburg.

Massarrat, Mohssen (2009b): Weniger wachsen – weniger arbeiten. Eine realistische Alternative, in: Wissenschaft & Umwelt Interdiziplinär, 13.

Reuter, Norbert (2009): Stagnation im Trend, in: Wissenschaft & Umwelt Interdiziplinär, 13.

Schäfer, Claus (2009): WSI-Verteilungsbericht, in: WSI Mitteilungen, 12.